

Interkommunale Zusammenarbeit
in Nordrhein-Westfalen
- Beispiele -

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1 Einleitung.....	4
2 Shared Services/Shared Service Center	4
3 Public Private Partnership	4
4 PPP-Projekte in Nordrhein-Westfalen.....	5
4.1 Kreis Düren	5
4.2 Kreis Lippe	5
5 SSC in Nordrhein-Westfalen.....	6
5.1 Amtsapotheker.....	6
5.2 Arbeitssicherheit	6
5.3 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	6
5.4 Bauhof	6
5.5 Bibliothek.....	7
5.6 Bürgerbüro / CallCenter	7
5.7 Chemisches Untersuchungsamt.....	7
5.8 Digitale Poststelle.....	8
5.9 Volkshochschulen.....	8
5.10 Entsorgung.....	8
5.11 Gewerbegebiete.....	8
5.12 Hafenanlagen	9
5.13 Hartz-IV.....	9

5.14	Interkommunales Finanzcenter	9
5.15	Forderungsmanagement.....	9
5.16	Liegenschaftskataster.....	10
5.17	Personalverwaltung.....	10
5.18	Rettungsdienst	12
5.19	Stadtwerke	12
5.20	Theater und Orchester	12
5.21	Tourismus	12
5.22	Verkehrsgesellschaft	13
5.23	Zentrale Vergabestelle	13
6	Fazit	13

1 Einleitung

Städte und Gemeinden in Deutschland stehen alle vor ähnlichen Problemen. Sie müssen massive Kosteneinsparungen vornehmen, ansonsten drohen Ihnen u.a. Haushaltssperren. Damit es nicht soweit kommt, wollen manche Kommunen stärker zusammenarbeiten. Derartige Kooperationen laufen unter dem Begriff „interkommunale Zusammenarbeit“, gerne wird auch der Begriff „Shared Services“ verwendet. Im größten Bundesland Deutschlands, in Nordrhein-Westfalen, werden Shared Services in einigen Kommunen schon gelebt. In anderen läuft momentan die Pilotphase für einige Aufgabenbereiche. In weiteren Städten und Gemeinden wird aktuell über das Thema beraten. Aber nicht nur die Shared Services können ein Weg sein, Kosten zu sparen. Eine weitere Möglichkeit ist die sogenannte „Public Private Partnership (PPP)“.

2 Shared Services/Shared Service Center

Unter Shared Services wird die Zusammenlegung von Dienstleistungsprozessen innerhalb einer Organisation verstanden. Ziel ist es, gleichartige Prozesse der Organisation zusammenzufassen oder in einer zentralen Stelle, dem sogenannten „Shared Service Center (SSC)“, zu bearbeiten. Durch die Zusammenlegung gleichartiger Prozesse lassen sich Kostenvorteile erzielen. Shared Services sollen zudem zudem die Aufgabenwahrnehmungsqualität mindestens aufrecht erhalten, wenn nicht sogar idealerweise erhöhen.

Für ein Shared Service-Vorhaben eignen sich vorrangig Aufgaben und Abläufe, die einen hohen Grad der Standardisierung und Wiederholung sowie nur wenige Ausnahmen aufweisen.

3 Public Private Partnership

Bei einer Public Private Partnership übernehmen private Unternehmen bisher öffentlich wahrgenommene Aufgaben. Oft werden nur Teilaufgaben abgegeben. Der Staat verspricht sich so eine Entlastung der öffentlichen Haushalte. Der private Unternehmer ist für die Finanzierung selbst verantwortlich und muss daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projekts achten. PPP-Projekte laufen meistens über einen langen Zeitraum.

4 PPP-Projekte in Nordrhein-Westfalen

4.1 Kreis Düren

Im Kreis Düren wurde Anfang 2007 eine Public Private Partnership geschlossen. Die Laufzeit beträgt 25 Jahre. Der Privatunternehmer ist für die Sanierung von drei Schulen im Kreis verantwortlich. Das Gesamtvolumen beläuft sich auf ca. 40 Millionen EUR. Berechnungen zufolge ist das Angebot 7,32 Prozent günstiger, als wenn der Kreis Düren die Sanierung und Instandhaltung selbst übernehmen würde.

4.2 Kreis Lippe

- a. Am 1. Juli 2004 wurde die Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH (GAL) gegründet. Dieser PPP-Gesellschaft mit 51 % kommunalen und 49 % privaten Anteilen, wurde neben Sammlung und Transport auch die Behandlung der überlassungspflichtigen Bioabfälle im Kompostwerk übertragen. Seit dem 01.01.2010 ist die ABG eine Tochtergesellschaft des Abfallwirtschaftsverbands Lippe.

- b. Am 21. August 2009 hat der Kreis Lippe die Partnerschaft für das deutschlandweit erste PPP-Straßenprojekt besiegelt. Dabei geht es nur um die Straßenerhaltung, nicht aber um Neuerschließungen. Neben den rund 435 Kilometern Kreisstraßen sind auch alle Rad- und Gehwege, Brücken, Straßenbauwerke und Entwässerungseinrichtungen mit in die Vergabe einbezogen. Der Betriebsdienst bleibt beim Kreis Lippe. Zum Ende der Ausschreibungsphase gab es noch drei Bieter. Den Zuschlag hat letztendlich eine Bietergemeinschaft, bestehend aus der französische Firma Eiffage und den ortsansässigen Firmen Walter Bau, Wittfeld und Lanwehr, erhalten. Der Auftrag sieht vor, zunächst die Straße innerhalb von rund fünf Jahren zu sanieren und anschließend für weitere 20 Jahre baulich auf einem festgeschriebenen Qualitätsniveau unter Verantwortung des Auftragnehmers zu erhalten. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf ca. 135 Millionen Euro. Aufgrund der kurzen Laufzeit liegen noch keine Erfahrungswerte vor.

5 SSC in Nordrhein-Westfalen

5.1 Amtsapotheker

In Nordrhein-Westfalen werden Apotheken, Krankenhäuser und andere, der pharmazeutischen Aufsicht unterliegende Betriebe durch hauptamtliche Apotheker - so genannte Amtsapotheker - überwacht. Der Kreis Kleve arbeitet hier eng mit dem Kreis Viersen zusammen. Nur ein Amtsapotheker übernimmt diese Aufgabe für beiden Kreise. Der Amtsapotheker hat seinen Dienstsitz in Viersen.

5.2 Arbeitssicherheit

Seit Anfang 2009 übernehmen der Kreis Mettmann und die Stadt Velbert die Aufgabe der sicherheitstechnischen Beratung für die Stadt Heiligenhaus und die Stadt Haan.

5.3 Ausländerrechtliche Angelegenheiten

Seit Oktober 2007 werden alle asyl- und ausländerrechtlichen Angelegenheiten von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern aus den Kommunen Altena, Nachrodt-Wiblingwerde und Plettenberg in der Kreisverwaltung Iserlohn zentral bearbeitet.

5.4 Bauhof

- a. Die Kommunen Wipperfürth und Hückeswagen planen für 2012 den Bau eines neuen, gemeinsamen Bauhofs in Wipperfürth. Durch den Zusammenschluss wird unter anderem die Kapitalbindung für die Maschinen und Fahrzeuge deutlich reduziert. Weiter ist geplant, auch das Bau- und Straßenverkehrsamt zusammenzulegen.
- b. Seit November 2008 existiert ein gemeinsamer Bauhof mit dem Kreis Borken. Zwar besitzt jede Kommune noch ihre eigenen Maschinen und schafft diese auch immer noch selbst an, allerdings können sowohl Maschinen wie auch Mitarbeiter untereinander „ausgeliehen“ werden. Das bedeutet im Falle eines Defektes einer Maschine oder aufgrund von Krankheiten beim Personal kann schnell für Ersatz gesorgt werden. Nach Auskunft des Bauhofleiters sind die bisherigen Erfahrungswerte positiv.

5.5 Bibliothek

Projekt „Zehn im Vest“ beinhaltet die e-Ausleihe der Bibliotheken im Kreis Recklinghausen. Seit dem Zusammenschluss wurden 60% der Beschaffungskosten vom Land NRW übernommen. Mithilfe des „Online Public Access Catalogue (OPAC)“ haben die Kommunen untereinander Zugriff auf das gemeinsame Verzeichnis.

5.6 Bürgerbüro / CallCenter

- a. Die Stadt Barntrup sowie die Kommunen Dörentrup, Extertal und Kalletal arbeiten seit Mitte 2009 im Bereich Bürgerbüro eng zusammen. Jede Kommune hat die Möglichkeit, die Aufgaben der anderen in diesem Bereich zu übernehmen. Somit kann ein besserer Service für die Bürger hergestellt werden. Für das Projekt ist eine Laufzeit von 21 Monaten vorgesehen. Beteiligt ist darüber hinaus das Kommunale Rechenzentrum Minden/Ravensberg-Lippe (KRZ). Als Organisationsform ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gewählt worden, da dabei der geringste organisatorische Veränderungsbedarf (bei vollem Funktionsumfang) besteht.
- b. Das Call Center der Stadt Bielefeld übernimmt im Laufe des Jahres 2010 auch die komplette Telefonzentrale der Kommune Bad Salzuflen. Mit den Kommunen Herford und Minden werden Gespräche über eine Übernahme geführt.
- c. Das Städtedreieck Remscheid, Solingen und Wuppertal hat ein gemeinsames Call Center.
- d. Die Stadt Düsseldorf stellt seit Anfang Februar 2010 Ihr Call Center für die Behördennummer D-115 der Stadt Neuss zur Verfügung. Die Kosten für die Stadt Neuss belaufen sich auf 9.000 EUR p.a.
- e. Die Stadt Essen plant zusammen mit den Städten Mühlheim und Duisburg ein gemeinsames CallCenter für D-115

5.7 Chemisches Untersuchungsamt

Die kreisfreien Städte Dortmund und Bochum haben ein gemeinsames chemisches Untersuchungsamt.

5.8 Digitale Poststelle

Seit Anfang März 2010 läuft in Kooperation des Kreises Soest mit dem Märkischen Kreis das Pilotprojekt der digitalen Poststelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten. Mitte März 2010 startete dort auch das zweite Teilprojekt für Eingangsrechnungen. Beide Pilotprojekte laufen bis Ende Juni 2010. Alle Posteingänge werden automatisch eingescannt und dann nur noch digital bearbeitet. Durch dieses Vorgehen sollen ca. 70% der Gesamtkosten eingespart werden.

5.9 Volkshochschulen

Die Kommunen Hemer, Menden und Balve haben eine gemeinsame Volkshochschule. Es wird überlegt, ob sich auch Iserlohn anschließt. Aktuell finden dazu Gespräche statt.

5.10 Entsorgung

- a. Seit Anfang 2002 übernimmt der Kreis Höxter die gesamten abfallwirtschaftlichen Aufgaben für seine zehn angehörigen Kommunen. Bis Ende 2007 betragen die Einsparungen schon über 1,1 Millionen EUR.
- b. Der Abfallwirtschaftsverband Lippe (AWV) ist verantwortlich für die Abfallentsorgung. Der Aufgabenumfang beinhaltet das Einsammeln und Transportieren der Abfälle im gesamten Verbandsgebiet und die Entsorgung der im Kreis Lippe anfallenden Abfälle. Alle Städte und Gemeinden im Kreis Lippe sind Mitglieder des Abfallwirtschaftsverbandes. Sie haben Entsorgungsleistungen auf den AWV übertragen. Der Kreis Lippe ist wie die Städte und Gemeinden des Kreises Mitglied des AWV.

5.11 Gewerbegebiete

- a. Mitte 2009 haben die Bürgermeister von Olpe und Drolshagen einen Vertrag für das interkommunale Gewerbegebiet Hüppcherhammer unterzeichnet. Mitte 2010 soll der erste Abschnitt erschlossen werden.
- b. Die Stadt Bottrop betreibt mit der Gemeinde Hünxe ein gemeinsames Gewerbegebiet.

5.12 Hafenanlagen

Die Neuss-Düsseldorfer Häfen entstanden im August 2003 durch eine Fusion der bis dahin eigenständig operierenden Häfen Neuss und Düsseldorf. Durch das Zusammengehen haben die früheren Wettbewerber eine sehr gute Ausgangsposition im nationalen und internationalen Vergleich geschaffen und damit die Grundlage für eine dauerhaft gesicherte Wettbewerbsposition gebildet.

5.13 Hartz-IV

Die Hartz-IV-Vermittlung in Bocholt übernimmt auch Aufgaben aus Isselburg.

5.14 Interkommunales Finanzcenter

Die Kommunen Nottuln und Havixbeck betreiben ein gemeinsames Finanzcenter. Seit rund neun Monaten ist das Finanzcenter inzwischen in Betrieb. Als nächster Schritt sollen die Buchungsbelege in digitaler Form an das Finanzcenter geleitet werden. Mit der Realisierung des digitalen Belegflusses kann offensiv um Kommunen geworben werden, die nicht in unmittelbarer Nähe des Finanzcenter liegen.

Die Zwischenbilanz der Fachbereichsleiterin fällt positiv aus: Die interkommunale Zusammenarbeit funktioniert. Das anfängliche Denken in „Nottuln“ und „Havixbeck“ verschwinde immer mehr, die Aufgabenerfüllung für beide Kommunen stehe im Mittelpunkt. Die Mitarbeiter der Verwaltungen hätten sich an die zentrale Einrichtung gewöhnt. Ein wesentlicher Gesichtspunkt für den Erfolg des Projektes. Wurden doch die menschlichen Hürden fünf Monate nach Projektstart als die schwierigsten eingeschätzt, zumal es bei fast allen Beteiligten zu Veränderungen im bisherigen Aufgabenfeld kam und langjährige Mitarbeiter der Gemeinde Havixbeck einen neuen Dienort akzeptieren mussten.

5.15 Forderungsmanagement

Die Kommunen Wipperfürth, Radevormwald und Hückeswagen betreiben ab Mitte 2010 ein zentrales Forderungsmanagement für Vollstreckungen. Der Sitz wird in der Stadt Wipperfürth sein.

5.16 Liegenschaftskataster

Die Kreise Steinfurt, Gütersloh, Paderborn und Warendorf haben einen Vertrag über die Beschaffung der Software für das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem, kurz ALKIS genannt, unterzeichnet. Mithilfe des neuen Systems können sich Bauherrn, Architekten oder Notare den Weg in ihr jeweiliges Kreishaus sparen, um Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte zu erhalten. Denn ALKIS ermöglicht neben den im Kreis Steinfurt schon jetzt online im Geodatenatlas abrufbaren allgemeinen Daten und Karten auch einen Zugriff aufs amtliche Liegenschaftskataster. Jederzeit können interessierte Bürgerinnen und Bürger im Internet Zugriff auf Daten und Karten erhalten. Diese werden zum Beispiel für Bauanträge benötigt und können künftig auch nachts oder am Wochenende schnell und unbürokratisch im Internet abgerufen werden.

5.17 Personalverwaltung

- a) Der Kreis Warendorf und die Kommunen Everswinkel, Sendenhorst und Ostbevern haben seit dem 16. September 2009 eine gemeinsame „Servicestelle Personal“ eingerichtet. Die vier Verwaltungen haben dazu eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen. Für gut 1400 Mitarbeiter erfüllt die Servicestelle zentrale Aufgaben. 170.000 Euro hat das nordrhein-westfälische Innenministerium für die Servicestelle Personal bis 2010 zur Verfügung gestellt. Insgesamt umfasst die im Kreishaus angesiedelte Servicestelle Personal 6,5 Stellen. Für die Leistungen der Servicestelle zahlen die Verwaltungen eine Pauschale, die von ihrer jeweiligen Beschäftigtenzahl abhängt.

Leistungsangebot:

- 1) Festsetzung von Bezügen und Zahlbarmachungen
- 2) Ermittlung von Personalkosten für die Haushaltsplanung und sonstige Zwecke
- 3) Familienkasse einschl. Zahlbarmachung
- 4) Personalkostenerstattungen
- 5) Sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten
- 6) Personalgewinnung- und –auswahlverfahren
- 7) Versetzungen/Entlassungen von Beamten/Beendigung Arbeitsverhältnisse Tariflich Beschäftigter
- 8) Arbeitsvertragsangelegenheiten
- 9) Ausbildungsangelegenheiten einschl. Umschulung

10) Festsetzung und Auszahlung Reisekosten

11) Organisatorische Aufgaben

b) Die Stadt Bochum ist Mitglied im Zweckverband "Informationstechnik-Kooperation Rhein/Ruhr (IT-K R/R). Dieser Zweckverband hat sich zum Ziel gesetzt, Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnik nach dem Prinzip gegenseitiger Amtshilfe nur noch an einem Ort in Form von "Competence Centern" zu erbringen. Das Competence-Center Personalwirtschaft (CC-PW) stellt sämtliche Dienstleistungen rund um das Thema Personalwirtschaft mit Zielrichtung öffentlicher Dienst zur Verfügung. Dieses SSC arbeitet im Wege der Amtshilfe gleichzeitig für alle Partner der Kooperation.

Partner:

1) Moers

2) Neuss

3) Stadt Bochum

4) Duisburg

5) Mönchengladbach

6) Dortmund

7) Düsseldorf

c) Im Kreis Recklinghausen wurde 2008 eine interne Stellenbörse erstellt. Auf diese Datenbank haben alle zehn angehörigen Kommunen über das Intranet Zugriff und können Stellen ausschreiben und/oder suchen.

d) Die Stadt Wetter übernimmt einen Teil der Personalsachbearbeitung für die Stadt Gevelsberg und erhält dafür jährlich 40 000 Euro von Gevelsberg. Wetter erhält zudem zusätzliches Geld für den Haushalt.

e) Interkommunale Zusammenarbeit zwischen Hagen und Köln ermöglicht neues Stellenplanverfahren bei der Stadt Hagen. Dank der interkommunalen Zusammenarbeit konnte die Stadt Hagen auf eine praxiserprobte Lösung der Stadt Köln zurückgreifen. Geteilt bedeutet, dass die Stadt Köln im Gegenzug an Errungenschaften der Stadt Hagen partizipiert und dadurch ihrerseits Ressourcen nicht aufzuwenden oder nur minimiert einzusetzen braucht.

5.18 Rettungsdienst

- a) Seit Anfang 2007 existiert eine gemeinsame Leitstelle der Kommunen Wuppertal und Solingen. Der finanzielle Vorteil der Leitstelle wird mit rund 800 000 Euro angegeben, die Einsparung beim gemeinsamen Fahrzeugeinkauf mit rund 50 000 Euro.
- b) Die Städte Wetter und Herdecke betreiben einen gemeinsamen Rettungsdienst.

5.19 Stadtwerke

Die Stadtwerke Haltern & Herten arbeiten zusammen. Durch die Zusammenarbeit wurden Kosteneinsparungen erzielt.

5.20 Theater und Orchester

Unter finanzieller Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen werden die drei bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal ein externes Gutachten zur Kooperation im Bereich des Theater- und Orchesterangebotes in Auftrag geben. Das ist das Ergebnis eines gemeinsamen Gesprächs der Oberbürgermeister und des nordrhein-westfälischen Staatssekretärs für Kultur in der Staatskanzlei, an dem Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Oberbürgermeisterin Beate Wilding aus Remscheid, der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith und Oberbürgermeister Peter Jung aus Wuppertal teilnahmen.

5.21 Tourismus

- a) Die Kommunen Hüllhorst, Lübbecke und Preußisch Oldendorf im Kreis Minden-Lübbecke haben im Februar 2010 einen gemeinsamen Internetauftritt freigeschaltet. Die neue Website beinhaltet Hinweise zu Veranstaltungen, Gastronomie- und Gästebetrieben, Ansprechpartnern sowie Kurzporträts der drei Kommunen.
- b) Der Kreis Lippe betreibt für seine Kommunen eine Tourismus Website.
- c) Die Städte Dortmund, Hagen, Herdecke und Wetter (Ruhr) haben gemeinsam ein Freizeitinformationssystem namens W.I.L.L.I. (**W**egweisenden **I**nformations- und **L**andschafts-**L**eitsystem **I**n und um Hagen) angeschafft. Mit W.I.L.L.I. kann man seinen Ausflug in die Region von zu Hause aus planen.

5.22 Verkehrsgesellschaft

Die KVG Lippe (Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe) ist eine kommunale Planungs- und Organisationsgesellschaft, welche den Öffentlichen Personennahverkehr in Lippe für die Kunden, fördern und erweitern möchte.

5.23 Zentrale Vergabestelle

Am 01.04.2009 startete die Zentrale Vergabestelle in Radevormwald den Betrieb für das Immobilienmanagement. Diese ist auch für die Kommunen Wipperfürth und Hückeswagen zuständig. Andere Beschaffungspakete, wie z.B. Verwaltung oder Technik, wurden aufgrund des zu geringen Volumens für nicht „sinnvoll“ erachtet.

6 Fazit

Die Recherche nach Beispielen interkommunaler Zusammenarbeit in NRW hat sich sehr zeitintensiv gestaltet. Dies liegt vor allem daran, dass die Kommunen nicht verpflichtet sind, ihre Projekte zu veröffentlichen. Somit wissen die Kommunen untereinander oft auch nicht, was auf diesem Gebiet bei ihren Nachbarn aktuell stattfindet bzw. wie die Projekte verlaufen. Es gibt bei den einzelnen Kommunen und Kreisen auch keinen direkt Verantwortlichen für interkommunale Zusammenarbeit.

Bei den Gesprächen mit den verschiedenen Projektleitern konnte aber festgestellt werden, dass die Bilanz durchweg positiv ausfällt und direkt aus diesen Projekten heraus auch die intensivsten Gespräche über eine Erweiterung der Zusammenarbeit stattfinden. An erster Stelle der Zielsetzungen stehen Kosteneinsparungen, welche sich durch die Zusammenarbeit ergeben. Diese sind aber dicht gefolgt von der Idee, den Bürgern auch einen qualitativ besseren Service anbieten zu können.

Es ist damit zu rechnen, dass es in naher Zukunft eine deutliche Zunahme interkommunaler Zusammenarbeit geben wird. In fast allen Kommunen in NRW werden „Shared Services“ diskutiert. Vor allem die Abschlussberichte der Pilotprojekte von d-NRW werden sehr wahrscheinlich weitere Kommunen zu einer intensiveren Zusammenarbeit bewegen.